

# Gesinnungspolizei jagt Rassistenkinder



Da man nach neusten Studien schon als Kleinkind rassistische Tendenzen entwickeln kann ([PI berichtete](#)) verwundert es nicht weiter, dass bereits Schul- und Vorschulkinder den Behörden [als angebliche Rassisten gemeldet](#) werden, weil sie ein „böses Wort“ verwendet haben. Wer weiß, wie sehr Kinder aufgeschnappte Schimpfwörter lieben, erkennt, wie widersinnig diese Jagd auf Grundschüler ist.

Ein Beispiel: Ein sechsjähriges Mädchen hat ein anderes Kind auf dem Spielplatz „Blacky“ genannt. Das andere Kind hat sich nicht daran gestört, aber eine Aufsichtsperson hat es gesehen und den „rassistischen“ Vorfall gemeldet. Das „Verbrechen“ des kleinen Mädchens wird streng nach Vorschrift in den Akten vermerkt und den Behörden gemeldet. Das Beispiel ist kein Einzelfall™, sondern Alltag an britischen Grundschulen und sogar bereits an Kindergärten. Die Gesinnungspatrouillen sind überall.

Den gesamten Beitrag über den Mythos der Rassistenkinder lesen Sie [hier bei Daily Mail](#).

---

# Glaube an Klimaerwärmung erhält Religionsstatus



Wer an die Klimaerwärmung glaubt ist nicht länger nur Grünist oder Öko-Freak, sondern neu auch offiziell gläubiges Mitglied der „Church of Global Warming“. Tim Nicholson (Foto), ein ehemaliger leitender Angestellter aus Großbritannien, der in seinem Betrieb so massiv für den Klimaglauben missionierte, dass er deswegen entlassen wurde und gegen den Arbeitgeber wegen „Diskriminierung seiner philosophischen Gedanken“ klagte ([PI berichtete](#)), hat vor Gericht Recht erhalten. Der [Glaube an die Klimaerwärmung sei eine Religion](#) und jeder anderen Religion rechtlich gleichzusetzen. Interessant... Wenn wir PI-News in „Church of PI“ umbenennen würden, könnten wir dann auch religiös geschützten Narrenfreiheitsstatus einfordern?

---

**Angst vor Fatwa:  
Weltuntergang lässt Mekka aus**



Im neuen Actionknaller „2012“ des deutschen Star-Regisseurs, Roland Emmerich, geht am 21. Dezember 2012, dem Tag an dem der seit Jahrtausenden absolut exakt präzise [Mayakalender](#) zu Ende geht, die Welt in imposanten Bildern unter. Die ganze Welt? Nicht wirklich.

Emmerich wollte ursprünglich zeigen, wie die Kaaba zerstört wird, hat sich dann aber [davor gescheut, den Untergang Mekkas zu zeigen](#). Die Muslime könnten schließlich beleidigt sein und eine Fatwa gegen ihn verfassen. Christliche oder andere religiöse Symbole oder Gebäude zu zerstören, ist jedoch kein Problem.

Trailer zu „2012“:

*(Spürnase: Thomas S.)*

---

## Moslem-Mutter wollte aus Kindern Bomben bauen



Die sechsfache aus Marokko stammende Mutter

Houria Chahed Chentouf (Foto) mit niederländischem und britischem Pass versuchte, einen [Memory-Stick mit über 7000 Terror-Dokumenten](#), darunter eine ganze Enzyklopädie über den Bombenbau im Ärmel ihrer Burka versteckt von Holland nach Großbritannien zu schmuggeln. Der Stick fiel ihr ungeschickterweise am Flughafen Liverpool aus dem schwarzen Gewand heraus.

Wie sich später herausstellte, plante die Dame aus sich selbst und ihren sechs Kindern lebende Bomben zu basteln, weil sie davon besessen war, ihr Leben und ihre Familie dem islamischen Dschihad zu opfern. Sie schrieb dazu eigenhändig:

*Ich selbst und meine Kinder würden Rache nehmen, wir wären Bomben im Dienste dieser Religion, möge Allah euch vergeben.*

Die auf dem Datenträger beschriebenen Sprengsätze waren konzipiert, um damit „so viele Menschen wie möglich“ zu töten. Zuhause chattete die Frau mit Terroristen-Kollegen am PC. Dennoch ließ das britische Gericht milde walten und betrachtete ihre Strafe mit der Untersuchungshaft für verbüßt, weil sie den Stick ja angeblich niemandem weitergeben wollte – Bomben für den privaten Hausgebrauch also – und weil sie psychisch krank sei, denn Islam ist ja bekanntlich Frieden™.

*(Spürnasen: Rüdiger W. und Martino)*

---

**Türken      beleidigt      wegen  
Deutschtests**



Die armen Türken! Vor Zwangsheiraten und Braut-Importen stehen seit zwei Jahren Deutschkurse und -tests, mit denen ein Minimum an Sprachkenntnissen gelehrt und geprüft wird. Türken finden das – wie immer – ungerecht. Angeblich handelt es sich nicht um Integrations-, sondern um Segregationskurse, einzig zu dem Zweck angelegt, die Einreise von Türken nach Deutschland zu verhindern. Wir Bösen, stehen dem arrangierten Glück im Weg!

Die WELT [berichtet](#):

*So sehr sich die Pädagogen um Auflockerung bemühen, ein Spaß sind die Integrationskurse nicht. Es ist eine so große Hürde, dass sie für manche unüberwindbar ist und Fragen nach Gerechtigkeit aufwirft. Denn wer das Zertifikat will, der muss mehr als nur Deutsch lernen. Nur in wenigen Städten werden die Kurse angeboten, hauptsächlich vom Goethe-Institut in Istanbul und Ankara. Sie dauern drei Monate. Sie kosten relativ viel Geld, gemessen am Durchschnittseinkommen: rund 500 Euro. Natürlich gibt es keine Erfolgsgarantie. Und wenn man den Schein endlich hat, dann wird im Konsulat dennoch zu einem Gespräch gebeten, auf Deutsch, um zu sehen, ob der Antragsteller es tatsächlich kann. „Da sind uns schon manche zurückgeschickt worden“, sagt Kursleiter Süleyman Türk.*

### **Separations- statt Integrationskurs**

*Mit anderen Worten, wer in der Provinz wohnt und arbeitet und nach Deutschland will zum Ehegatten, der muss Job und Einkommen aufgeben, unter großem finanziellen Aufwand nach Istanbul oder Ankara ziehen, scheitert vielleicht beim ersten Versuch, muss noch mal drei Monate dranhängen, und kann dann*

*immer noch am Konsulat scheitern. Es ist eine so hohe Hürde, dass manche böse von einem Separations- statt Integrationskurs sprechen – dessen eigentliches Ziel sei es, den Zuzug für viele zu verhindern.*

*Sogar im Goethe-Institut selbst gab es heftige Debatten, ob die Kurse moralisch verantwortbar sind. „Manche wollten das nicht mittragen“, erinnert sich die Leiterin der Sprachabteilung, Erika Broschek. Aber nach und nach entdeckte man, dass die Kurse Sinn haben – die Teilnehmer selbst empfanden es so.*

*(...)*

*Die Kursleiter erzählen von den Überraschungen, die sie erleben; für manche Schüler ist der Kurs eine Chance, einer ungewünschten, vielleicht gar einer Zwangsehe zu entgehen. „Ein Mädchen wurde morgens immer vom Schwiegervater gebracht und abends abgeholt, aber eines Tages entschuldigte sie sich kurz und kam nie wieder.“ Ein Schüler, den die Lehrer als sehr gut beurteilten, gab leere Prüfungsbögen ab. „Wer hier schon einen Beruf und eine Zukunft hat, will nicht immer, was die Familie will“, sagt Süleyman Türk.*

*Alles in allem empfinden die Schüler die Kenntnisse, die sie erwerben, als befreiend, und auch die „Bedenkzeit“, die die Kurse vor dem Umzug erzwingen, hilft manchem, sich über seine Wünsche klarer zu werden.*

Reicht? Reicht. Die Betroffenen sind also zufrieden, die lauten Betonköpfe aus den Islamverbänden, die Dialog-Partner, die ihr „Recht“ auf kleine Importbräute verteidigen wollen, und ihre westlichen Helfershelfer nicht. Das spricht Bände, wie immer.

(Spürnasen: Markus P., watislos, Thomas D., cultureclash, Lukas L., Ben K., Thomas R., Marcus E. und Chester)

---

# Klaus unterzeichnet Lissabon-Vertrag



Tschechiens Präsident Václav Klaus hat den EU-Reformvertrag von Lissabon ratifiziert. Gestern um 15.00 Uhr setzte er ohne Freude seine Unterschrift unter das Dokument und informierte erst hinterher die Presse. Nachdem Tschechiens Verfassungsgericht den Vertrag für mit der Verfassung vereinbar erklärt und die EU einige Sonderklauseln für Tschechien erlassen hatte, gab es kein Zögern mehr. Dennoch wollen wir Klaus nicht in Bausch und Bogen verdammen, da der Druck, der von der EU auf das kleine Tschechien und seinen widerspenstigen Präsidenten ausgeübt wurde, unerträglich hoch war.

Die WELT [schreibt](#):

*Am Dienstag setzte Klaus – trotz vieler Vorbehalte – seine Unterschrift unter das Dokument. Ohne Pomp, ohne hochrangige Gäste aus Brüssel wie jüngst sein polnischer Kollege Lech Kaczynski, der einst ähnlich lautstark gezweifelt hatte. Ganz im Stillen auf seinem Amtssitz, der Prager Burg, ohne Zeugen und vermutlich voller Verbitterung.*

Erst am späten Nachmittag informierte Klaus die Medien von seiner Unterschrift, und er sprach wie über einen schweren, nicht mehr abzuwendenden Unfall: „Heute, um 15 Uhr, habe ich den Lissabon-Vertrag unterschrieben. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit“, erklärte er am Schluss eines kurzen Auftritts auf der Prager Burg. Ohne den Anwesenden die Möglichkeit für Fragen zu geben, verließ der Präsident seinen Platz, der mit der tschechischen Flagge und der Präsidentenstandarte, nicht aber mit der EU-Fahne dekoriert war. Mit ernster Miene und sichtbar ohne einen Anflug von Freude.

In seiner lapidaren Mitteilung ließ Klaus noch einmal seinen geballten Frust ab. Der richtete sich vor allem gegen das tschechische Verfassungsgericht. Das hatte am Vormittag erwartungsgemäß beschieden, dass der Vertrag von Lissabon nicht im Widerspruch zur tschechischen Verfassung stehe.

(...)

Klaus äußerte sich tief enttäuscht über den Spruch des Verfassungsgerichts, der jedoch für die meisten Beobachter in Prag alles andere als überraschend kam. Schon vor Jahresfrist hatte das Gericht die Kerngedanken des Vertrages überprüft und für verfassungskonform befunden. Klaus nannte den gestrigen Tag den Tag, „an dem die tschechische Souveränität“ ende. Er könne mit der Argumentation des Verfassungsgerichts nicht einverstanden sein, sagte Klaus mit verkniffenem Gesicht. Die Entscheidung beruhe nicht auf einer neutralen juristischen Analyse, sondern spiele den Anhängern Lissabons in die Hände.

Klaus hatte freilich schon vorher betont, dass er den Spruch des Gerichts akzeptieren wolle. Zusätzlich hatte er von der EU eine Bestandsgarantie für die umstrittenen Benes-Dekrete erpresst, um angebliche Eigentumsforderungen der nach dem Zweiten Weltkrieg kollektiv entschädigungslos enteigneten Sudetendeutschen abwehren zu können. Dies war ihm unter Zähneknirschen vor allem Deutschlands, Österreichs und



*Ungarns zugestanden worden. Selbst tschechische Rechtsgelehrte hatten betont, dass der Lissabon-Vertrag nicht rückwirkend gelte, Forderungen der Vertriebenen also keineswegs stützen könne. Tschechische Kommentatoren warfen Klaus vor, den Geist der deutsch-tschechischen Erklärung von 1997 verletzt zu haben, die besagt, die Zukunft dürfe nicht durch die Geschehnisse der Vergangenheit belastet werden.*

*Bei den tschechischen Parteien rief die Entscheidung des Verfassungsgerichts zugunsten des Vertrags von Lissabon durchweg Erleichterung und Befriedigung hervor. Man hatte erwartet dass Klaus nach dem Urteil nicht mehr mit seiner Unterschrift zögern würde. Eine feierliche Form dieses Aktes erwartete jedoch niemand. Wie sich zeigte, zu Recht. Der Vertrag kann nun zum 1. Dezember in Kraft treten. Und die EU hat immerhin die Chance auf einen Neuanfang.*

Bleibt zu hoffen, dass der britische Tory-Chef David Cameron im Falle seines erwarteten Wahlsieges noch einen Weg für ein Referendum der Briten findet, um den Vertrag zu Fall zu bringen. Ursprünglich hatte er es für den Fall angekündigt, dass noch nicht alle Länder ihn ratifiziert haben. Bisher sieht es allerdings [nicht so aus](#).



# Schweiz zieht Libyen-Entschuldigung zurück



Der Schweizer Bundespräsident Hans-Rudolf Merz hat am 20. August in Tripolis den [Dhimmi-Bückling vor Gaddafi](#) gemacht. Mit der einseitigen Entschuldigung für etwas, wo es nichts zu entschuldigen gegeben hätte – die Strafverfolgung von Diktatorenöhnchen, Sklaventreiber und Schläger Hannibal Gaddafi – machte er die Schweiz in der ganzen Welt lächerlich. Die Schweizer Geiseln kamen [dennoch nicht frei](#).

Gaddafis Kampf gegen die Eidgenossen ging unerbittlich weiter. Er stellte das Land als Nazistaat dar und wollte ihn von der UNO an die umliegenden [Nachbarn aufteilen lassen](#). Nach monatelangem, erfolglosem Kriecherkurs hat die Schweizer Regierung heute das „Abkommen“ mit Libyen und damit auch die [Entschuldigung zurückgezogen](#).

*Einen weiteren Schritt in der Libyen-Affäre hat der Bundesrat heute beschlossen: Er sistiert den Staatsvertrag mit Libyen, den Bundespräsident Hans-Rudolf Merz am 20. August in Tripolis unterschrieben hatte. Das gab Bundesratssprecher André Simonazzi an einer Medienkonferenz in Bern bekannt. Die restriktive Visa-Politik gegenüber libyschen Staatsangehörigen werde beibehalten, hieß es in der verlesenen Erklärung weiter. Zu diesen Entscheiden gebe es keine Details zu kommunizieren, sagte Simonazzi. ...*

*Mit diesem Entscheid verfolgt der Bundesrat seine Strategie*

*weiter, den Kurs gegenüber Libyen zu verschärfen. Bereits vor zwei Wochen hatte der Bundesrat erstmals klare Worte für das Verhalten Libyens gefunden.*

Sogar SP und Grüne haben mittlerweile gemerkt, dass sich Bücken vor Gaddafi rein gar nichts bringt. Endlich ein Schritt in die richtige Richtung, jedenfalls solange, bis der nächste einknickt.

---

## **Die Türkei wendet sich von Europa ab**



Überlagert von den Ereignissen rund um die Bundestagswahl hat sich eine von der deutschen Öffentlichkeit nahezu unbemerkte Kehrtwende der türkischen Außenpolitik vollzogen. Die Zeichen sind unmissverständlich: Der türkische Außenminister Ahmet Davutoglu fordert die [Wiederbelebung des osmanischen Reiches](#) und will den Balkan, den Kaukasus und den Mittleren Osten zu einem „Zentrum der Weltpolitik“ machen.

*(Von byzanz)*

[Ministerpräsident Erdogan](#) möchte der Türkei durch Anschluss von Ländern mit türkischstämmiger Bevölkerung wie

Aserbaidschan, Kasachstan, Kirgisistan, Turkmenistan und Usbekistan zu historischer Größe [verhelfen](#). Erdogan betont außerdem die [„große Freundschaft der Türkei zum Iran“](#) und jammert gleichzeitig, dass europäische Länder wie Frankreich und Deutschland „Vorurteile gegen die Türkei“ hätten.

Zu diesem Kurs passt, dass die Türkei kürzlich ein Nato-Luftwaffen-Manöver [absagte](#), da schließlich durch die Teilnahme Israels auch Flugzeuge dabeigewesen wären, mit denen die muslimischen Brüder in Gaza attackiert worden seien. Stattdessen unternahm die Türkei demonstrativ ein gemeinsames Militärmanöver mit Syrien und plant für das kommende Frühjahr mit diesem vorbildlichen Land [eine weitere groß angelegte Übung](#).

Auch in Deutschland zeigt die Türkei ihr wahres Gesicht. Bei einer aufsehenerregenden Pressekonferenz Ende Oktober in Berlin forderte der türkische Botschafter Ahmet Acet seine Landsleute auf, das Recht auf Türkisch-Unterricht in deutschen Schulen [einzuklagen](#). Als ob fehlende Türkischkenntnisse das Problem beim Integrationsdesaster der dritten Generation wären. Aber wichtiger sei es natürlich, dass die Deutschtürken starke Bande zu ihrer Heimat hätten, und dazu müssten sie gut türkisch sprechen können. Schließlich wissen wir ja auch seit Erdogans Kölner Brandrede im vergangenen Jahr, dass „Assimilation ein Verbrechen ist“. Und hinsichtlich Sarrazins Thesen fordert Ahmet Acet, dass sich die Deutschtürken in Zukunft „lautstark wehren“ sollten, denn „Wenn das Kind nicht weint, wird es auch nicht gestillt. Und unsere Türken hier weinen nicht genug.“

Nun, das Bild des schreienden, jammernden und fordernden türkischen Kindes kennen wir mittlerweile eigentlich gut genug. Wir haben auch nicht vergessen, dass der türkische Generalkonsul Hakan Kivanc im April [wörtlich formulierte](#): „Wenn man den Deutschen die Pulsadern aufschneidet, fließt braunes Blut.“ Diese Formulierung war aber keinesfalls eine einmalige Entgleisung des Herrn Generalkonsuls, denn kurz

zuvor war er mit [dieser Bemerkung aufgefallen](#): “Wenn die Deutschen könnten, würden sie die Türken durch eine Tätowierung kennzeichnen und ihnen das Gleiche antun, was sie während der Nazizeit getan haben.”

Die Türkei outet sich immer deutlicher als keinesfalls EU-tauglich. Doch die neue Bundesregierung scheint den wachweichen Türkeikurs der Großen Koalition weiterführen zu wollen. Grund genug für ein Mitglied von PI München, dem neuen Außenminister Westerwelle einen Brandbrief zu dieser verhängnisvollen Entwicklung zu schicken. „Coolkeeper“ war fast 30 Jahre lang für einen Beauftragten der Bundesregierung im Bereich Außenwirtschaft tätig und hat beratungsweise dem Interministeriellen Ausschuss zugearbeitet.

Hier sein Brief vom 30.10.2009 an Außenminister Guido Westerwelle:

*Auswärtiges Amt  
Herrn Bundesaußenminister Dr. Westerwelle  
Werderscher Markt 1*

*10117 Berlin*

***Notwendige Konsequenzen aus der Hinwendung der Türkei zu  
Syrien und Iran***

*Sehr geehrter Herr Minister,*

*in den zurückliegenden Wochen des Regierungswechsels in  
Deutschland ging offenbar unter, dass sich die Türkei  
offensichtlich politisch völlig neu aufgestellt hat.*

*Die Türkei hat die jahrzehntelange militärische  
Zusammenarbeit mit Israel aufgekündigt, ohne dass letzteres  
dazu Anlass gegeben hätte. Sichtbares Zeichen ist die  
schroffe Ausladung Israels von der alljährlich gemeinsamen  
Luftübung „Anatolischer Adler!“. Ich rechne es den USA und  
Italien hoch an, dass sie prompt reagiert und ihrerseits ihre*

*Teilnahme abgesagt haben.*

*Wie zum Hohn wandte sich die Türkei dem totalitären und iranhörigen Syrien zu und führte eine Militärübung mit den syrischen Streitkräften in der Nähe von Ankara durch, ohne die westlichen Bündnispartner oder die EU wenigstens konsultiert zu haben. Gröber hätte die Türkei nicht gegen die Bündnistreue und gegen bestehende Verträge verstoßen können. Sie hat deutlich manifestiert, dass sie niemals eine zuverlässige Außengrenze der EU bilden können. Sie hat sich als Bündnispartner auf Jahrzehnte disqualifiziert. Es sträuben sich mir die Haare zu erfahren, dass auf diese Weise Militäргеheimnisse und Kommandostrukturen der Nato über unseren Noch-Nato-Partner muslimischen Streitkräften zur Kenntnis gelangen. Von dort dürfte es nicht mehr weit sein bis zu Hizbollah, Hamas, Iran und Al Quaida. Dieser Vertrauensbruch muss zeitnah geahndet werden. Die Bekenntnisse der Türkei zu den Zielen und Werten des Westens sind Makulatur.*

*Im Eilschritt haben die Türkei und Syrien den Türkisch-Syrischen Kooperationsrat gegründet und bereits 40 Vereinbarungen unterzeichnet, die binnen 10 Tagen umgesetzt werden sollen. Ich fürchte, dass diese Verträge weder Ihnen noch den Nato-Gremien oder der EU-Kommission bekannt sind. Die Ereignisse überschlugen sich und erinnern fatal an jene von Ende August 1939 zwischen Polen, England, Sowjetunion und Hitler-Deutschland, als sich innerhalb von Tagen die strategische Lage umkehrte und das Tor zum Weltkrieg aufgestossen wurde.*

*Ich rege an, sämtliche Beitrittsverhandlungen mit der Türkei unverzüglich auszusetzen, die Nato-Mitgliedschaft einzufrieren, Kommandostrukturen zurückzufahren und nach vorheriger Konsultation mit Russland eine Beitrittsperspektive für Armenien und Israel auszusprechen. Weiter müssen alle Geldflüsse der EU und die Militärhilfe der Nato an die Türkei eingestellt werden.*

*Durch die politische Kehrtwendung der Türkei ist Israels Situation sehr viel bedrohlicher geworden. In Abstimmung mit den USA braucht Israel nunmehr die Spezial-Waffen, die ihm der so viel gescholtene George W. Bush vorenthalten hat. Die Argumente für Bushs Zurückhaltung sind hinfällig geworden. Seit dem 7.6.1981 war die ärgste Bedrohung Israels entfallen. Ohne dieses Datum wäre es womöglich von den Scud-Raketen Saddam Husseins im Zweiten Golfkrieg ausgelöscht worden. Es gilt für Israel heute wieder, neuen Bedrohungen angemessen und rechtzeitig zu begegnen. Bitte wirken Sie mit, dass hierfür die notwendigen Voraussetzungen zügig getroffen werden. Dies liegt auch in unserem Interesse.*

*Die offene Grenze einer der EU beigetretenen Türkei zu Syrien wäre eine breite Einfallschleuse für Millionen illegaler Incursoren von Sudan bis Pakistan nach Europa. Dem ist vorzubeugen: Nicht nur durch Aussetzung der Verhandlungen, sondern auch durch Aussetzung der mit der Türkei bestehenden Assoziierungsabkommen. Erdogans Aufforderung an die Türkischstämmigen in Köln zu Beginn des vergangenen Jahres, sie müssten ihre türkische Identität bewahren und dürften sich nicht assimilieren, bekommt eine neue Qualität. Türkische Botschafter und Konsuln fordern unisono ihre Landsleute auf, die deutsche Staatsbürgerschaft zu erwerben, um gewichtiger bei uns mitzubestimmen. Sie könnten die fünfte Kolonne des Turan bilden, eines wiedererstehenden Panosmanischen Reiches, das von Innerasien bis in die mitteleuropäische Westtürkei reichen soll. Aus diesem Grund sind Einbürgerungen ab sofort strenger zu handhaben und das Familiennachzugsalter für Vermählte ist am Beispiel Dänemarks auf 24 Jahre auszuweiten. Eine Anstellung ehemals türkischer Staatsbürger im öffentlichen Dienst darf frühestens 10 Jahre nach der Einbürgerung und nach eingehender Überprüfung durch den Verfassungsschutz auf vollständige Loyalität zum deutschen Staat und zu unserer Rechtsordnung möglich sein. Parallel sind Maßnahmen zu ergreifen, dass die Verleihung der deutschen Staatsbürgerschaft nicht nur bei Falschangaben*

widerrufen werden kann, sondern auch bei Kriminalität und verfassungsfeindlicher Agitation. Die Sorge, auf diese Weise Staatenlose zu produzieren, ist unbegründet. So gut wie alle eingedeutschten Türken, die ich kenne, und es sind sehr viele, haben sich im Nachhinein wieder ihren türkischen Pass bzw. Ausweis beschafft. Nicht ohne Grund verweigert der türkische Staat die Offenlegung und Bekanntgabe dieser Doppelstaatler. Deutschland muss zurückkehren zur internationalen Ordnung und die Konvention gegen Mehrstaatlichkeit befolgen.

Die Aufgabe des deutschen Staates ist es, seine Bürger zu schützen und deutsche Interessen zu wahren. Bitte realisieren Sie meine Anregungen und setzen Sie sich in Brüssel dafür ein, dass die EU ihre naive türkophile Haltung seit Verheugen aufgibt. Die türkischen Wohlverhaltensgesetze um der EU-Kandidatur willen sind nur Schein, das Land ändert sich nicht. Wenn die EU weiter Bestand haben soll, dann darf nicht weiter getürkt werden.

Nachholen möchte ich meinen Glückwunsch zu Ihrer Ernennung zum Außenminister Deutschlands. Ich wünsche Ihnen alle Kraft und Fortüne für Ihr schwieriges Amt.

Mit freundlichen Grüßen

---

## **Samiras Brief: Stille Warnung vor Bürgerkrieg?**





In der FAZ am Sonntag konnte man dieses Wochenende einen bewegenden und zugleich vielsagenden Artikel lesen. [Samiras Brief](#) handelt von der kafkaesken Verwandlung eines jungen Mädchens muslimischen Glaubens. Zunächst frei und unverschleiert, beginnt sie plötzlich das Kopftuch zu tragen, sich immer mehr zu verschließen und schließlich einen ergreifenden Brief an ihren Lehrer zu schreiben – kurz bevor sie für immer verschwindet. Dieser bewegende Prozess wird begleitet von den hilflosen Attitüden einer sich selbst als liberal und tolerant bezeichnenden Mehrheitsgesellschaft.

(Von X-tian)

*Nachdem die mündlichen und schriftlichen Leistungen ins Bodenlose gefallen sind und ein Gespräch mit den Eltern unabweisbar ist, erscheint Samira nach dem Unterricht widerstrebend im Besprechungszimmer. Nein, mit den Eltern dürfe der Lehrer keinesfalls reden, sie werde „ganz allein damit fertig“. Plötzlich aber bricht sie in Tränen aus. Nach einiger Zeit unterdrückt sie das Weinen und erzählt, dass sie in den Ferien bei einer Tante in Ostanatolien „abgegeben“ worden sei, um „ordentlich essen zu lernen“. Man hatte ihr erklärt, dass sie so viel zunehmen musste, „bis ich den ungläubigen Jungen nicht mehr gefalle. Und das hat ja auch geklappt, so wie ich jetzt aussehe.“ Sie weint wieder.*

Schließlich fehlt sie unentschuldigt, der Lehrer findet einen mehrseitigen Brief in seinem Postfach. Darin entschuldigt sie sich zunächst für Ihre Rechtschreibfehler, um dann fortzufahren:

*Sie hatten mich doch gefragt was ich zu hause alles zu tun habe, wenn ich ehrlich sein soll, alles, alles was eine Hausfrau macht; z. b. Geschirrspülen, Staubsaugen bzw. Staubwischen, Kochen, Fenster- und Treppenputzen usw. . . Meine Mutter meint, daß sie mein bestes wolle, und mich für meine Zukunft vorbereite, denn wenn ich mal in späteren Jahren mal Heirate, müssen sie wissen, dass die türkischen Schwiegereltern nicht so nett und freundlich sind, wie die Deutschen . . ., sondern das Gegenteil. Denn meine Mutter hat schon vieles erlebt und sie will nicht daß ich das Gleiche auch noch durchmache.*

Der sichtlich aufgewühlte Lehrer beginnt schließlich seine Kräfte zu sammeln und sucht Hilfe bei Vater Staat. Dort klärt man ihn sachlich aber bestimmt über bundesdeutsche Realitäten auf:

*Der Lehrer wendet sich ans Jugendamt. Dort berät eine Fachfrau auch bei anonymisierten Problemen: „In solchen Fällen lässt sich gar nichts tun. Das ist nicht beweisbar, nicht justitiabel.“ Und wenn doch? „Dann müssten wir 1000 Kinder in Obhut nehmen, und Hürriyet würde zum Bürgerkrieg aufrufen.“*

Hier wird endlich der Kern der Erkenntnis herausgeschält, um welchen sich die politisch-medialen Eliten seit Jahrzehnten drücken: Wir werden in späteren Zeiten gezwungen sein, parallele Rechtssysteme und meilenweit voneinander entfernte Wertekategorien zu tolerieren – ausschließlich um des inneren Friedens willen. Vielleicht dämmert einigen selbsternannten Torhütern der politischen Korrektheit bereits heute, dass ihre eigenen Schützlinge sich eines Tages gegen sie wenden werden. Dass der Konflikt unausweichlich ist und sie historisch gesehen als ideologische Bannerträger dieses fürchterlichen Irrwegs gelten werden.

Aber auch wir als islamkritische Gemeinschaft sollten uns

einige Fragen stellen. Aus vielen Zeilen in Samiras Brief schimmert so etwas wie „Stolz auf das Eigene“ hervor. Trotz all der für uns unvorstellbaren Dinge, welche sie durchmacht, so ist sie doch von der grundsätzlichen Richtigkeit ihrer eigenen Kultur überzeugt (Rechtschreibfehler im Original):

*Egal ob ich dabei gequält werde oder manchmal darunter sogar leide bin ich froh, dass meine Eltern mit mir so streng sind. Der eigentliche Grund, weshalb sie so streng sind ist, weil sie angst haben, dass ich mal in späteren Jahren ausflippe und mit jedem Typ der mir auf der Straße begegnet gehe oder Freundschaft schließe. Denn für uns manche Türken heißt ein Mädchen zu sein „die Ehre“ für unsere Familie und die darf ich nicht zerstören, nur weil ich jetzt einen lieb hab und mit ihm gehen will. Das darf ich nicht und werde es nie tun. Denn als ich auf die Welt kam, war ich sehr sauber und daß will ich auch bis zu meinem Tode bleiben. Was ich mir am meisten Wünsche ist, daß ich ohne irgendwann mal meine Ehre zu zerstören, sterbe.*

Es hat nichts mit Political Correctness zu tun, wenn man sich die alte Frage stellt: Haben wir als westlich-abendländische Kultur das Recht, anderen Kulturen vorzuschreiben, wie sie leben, fühlen und denken sollen? Woher wissen wir, dass unser Weg der richtige ist und Samiras Weg in die Irre führt? Sind wir wirklich das „Ende der Geschichte“, wie der japanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama schon vor 20 Jahren postulierte? Oder sind wir genauso überheblich wie der politische Islam und damit ein Spiegelbild dessen, was wir zu bekämpfen vorgeben?

Man kann mit Recht einwenden, dass Samira noch ein Kind sei und daher gar nicht wisse, was sie dort in den siebten Himmel lobe. Aus unserer Weltsicht ist dieses Argument korrekt und in sich schlüssig. Aber setzen wir doch einmal die islamische Brille auf und schauen wir uns unsere westlichen Alternativen an: In deutschen Großstädten wächst mittlerweile jedes vierte

Kind ohne Vater oder Mutter auf. Sogar die neue EKD-Vorsitzende Margot Käßmann ist geschieden und geht mit schlechtem Beispiel voran. In der islamischen Kultur dürfte allein dies als unfassbarer Zustand gelten, von deren Folgen man sich nur durch innere Emigration entziehen kann. Was richtig und falsch ist, kann kaum jemand sagen. Was wir aber sagen können, ist:

„Hier, in unserem Land, wollen wir weder Samiras Schicksal noch fortschreitende kulturelle Sezession dulden. Hier gilt es unsere Kultur zu verteidigen und die ist eben anders als die traditionell islamische“.

Wer sich an unsere Kultur anpasst und assimiliert, der darf gerne bleiben. Jahrhundertlang gab es im Raum des heutigen Deutschland Einwanderung, von den Hugenotten unter dem Großen Kurfürsten bis zu den polnischen Gastarbeitern im Ruhrgebiet Mitte des 19. Jahrhunderts. Um 1700 sprach jeder dritte Einwohner Berlins französisch. Sie alle haben sich – unter Schwierigkeiten wohl – zunächst integriert und dann assimiliert. Heute sind sie nicht mehr von uns Deutschen zu unterscheiden. Daher brauchen wir auch keine Angst vor den „20% -30% integrierten türkischen Familien“ haben, welche Thilo Sarrazin richtigerweise erwähnt hat. Den restlichen 70% – 80% aber sollten wir ernsthaft und offensiv die Frage stellen, wohin sie eigentlich gehören wollen. Samiras Eltern haben diese Frage bereits für sich entschieden:

*Ein Junge aus der 9. Klasse, der als Samiras Cousin nach eigenem Bekunden auf sie in der Schule und auch sonst aufgepasst hat, deutet einige Monate später an, die Familie sei „wieder in der Heimat“.*

---



## Fotopreis für besonders engagierte „Israelkritik“



Der deutsche Künstler Kai Wiedenhöfer, der mit seinem Projekt "Wall on Wall" die Berliner Mauer mit der Schutzmauer vor dem palästinensischen Terrorismus verglichen hat ([PI berichtete](#)), wurde für sein besonders engagiertes Vorgehen gegen die Juden Israel in Frankreich jetzt mit dem mit 50.000 Euro dotieren [Carmignac Gestion-Preis für Fotojournalismus](#) geehrt. Eine Auszeichnung, die von vornherein nur Leute gewinnen konnten, die ihr künstlerisches Schaffen in den Dienst der Terroristen aus Gaza stellten.

Der glückliche Preisträger sieht sich in seiner Israelfeindlichkeit bestätigt und wird das gewonnene Geld in ein [Projekt im Gazastreifen investieren](#).

*Die sechsköpfige Jury unter Leitung des Fotografen, Kinoregisseurs und Malers William Klein diskutierte zunächst die Qualität der fotografischen Arbeiten und legte besonderen Wert auf eine künstlerische Handschrift und einzigartige Perspektive der Arbeiten. Die Jury untersuchte auch die*

*Originalität der Reportagen und die Fähigkeit jedes Kandidaten, einen neuen Zugang zum Thema zu finden und ihm dadurch besondere Ausdruckskraft zu verleihen.*

*Nach einem ersten, sehr lebhaften Wahldurchgang einigten sich die Jurymitglieder auf drei Teilnehmer für das Finale, deren Arbeiten sich durch sehr unterschiedliche Ansätze auszeichnen: der Deutsche Kai Wiedenhöfer, die Palästinenserin Eman Mohammed und die Französin Lizzie Sadin.*

*Die Jury vergab den ersten Preis für das Projekt von Kai Wiedenhöfer. Der Spezialpreis der Jury ging an die junge Fotografin Eman Mohammed (22). Bei dieser Entscheidung hob die Jury die hohe Qualität und die Sensibilität ihrer Arbeiten zu den Lebensbedingungen palästinensischer Frauen besonders hervor.*

*Kai Wiedenhöfer plant seine Rückkehr in den Gazastreifen, um den Wiederaufbau nach dem letzten israelischen Angriff im Januar 2009 zu dokumentieren.*

*Diese neue Fotoserie behandelt drei Hauptthemen:*

*Die Trümmer: Narben, die die Bombardierungen in der Stadt hinterlassen haben und der Umgang der Palästinenser mit dem Leben in prekären Behausungen.*

*Die Belagerung: der Alltag während der Blockade – Lebensmittelversorgung, Umweltverschmutzung, psychologische Probleme, Wasserversorgung, die Mauer, der Grenzübergang Rafah.*

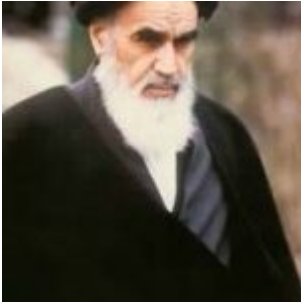
*Die verlassenen israelischen Siedlungen: Rückkehr zu den Orten, die der Fotograf im Sommer 2005 während des Rückzugs der israelischen Armee fotografiert hatte.*

*Jedes Motiv, das sich zur Darstellung der bösen Juden verwenden lässt, ist dem in der Hauptaufgabe gegen Israel ausgerichteten Objektiv des Fotografen willkommen.*

» [Perpignan. Visa pour l'Image: Seit wann sagen Fotos die Wahrheit?](#) von Dr. Gudrun Eussner

(Spürnase: Doktor E.)

---



## 30 Jahre Schach mit Affen

☒ Der 4. November wird jedes Jahr in Teheran gefeiert. Im Jahre 2009 zum 30. Mal: Die Stürmung der US-Botschaft und die folgende, 444 Tage andauernde Geiselnahme von 52 US-Diplomaten. Die amerikanische Reaktion schien Ayatollah Khomeinis Einschätzung zu bestätigen, wonach die USA machtlos gegen den Iran wären („America can't do a damn thing against us“, Seite 105, Reading Lolita in Tehran: A Memoir in Books von Azar Nafisi). [Mehr auf steinhoefel.de...](#)

---

**CDU steht zu Gruber –  
Medienkampa geht weiter**



Die Steinigung von [Susanne Gruber](#) wurde vorerst abgesagt. Die CDU Waiblingen stellte sich bei ihrer Fraktionssitzung am vergangenen Montag hinter ihr Parteimitglied. Fassungslos muss [die linksradikale Journalistin Wesely](#) zur Kenntnis nehmen, dass ihre private Hetzkampagne gegen Gruber vorerst ins Leere gelaufen ist.

Wesely [schäumt](#):

### ***Mutlos und wachweich***

*Vielleicht hat es Montagabend im Waiblinger CDU-Vorstand lange Diskussionen gegeben, vielleicht haben sich die Christdemokraten aber auch einfach mit der Erklärung ihrer Vorsitzenden Susanne Gruber zufriedengegeben. Die Pressemitteilung sagt dazu nichts, sie verbreitet vielmehr Erklärungen, die für ein CDU-Mitglied selbstverständlich sein sollten. Dazu zählt vor allem die Distanzierung von manchen unsäglichen Meinungsäußerungen, die im Blog der Internetplattform „Politically Incorrect“ aufscheinen. Ungeklärt bleibt aber, wie stark sich Gruber auf dieser Seite selbst engagiert hat. Die CDU glaubt ihrer Beteuerung, sie habe nicht mehr als eine passive Rolle gespielt. Doch daran gibt es erhebliche Zweifel.*

Auch durch dauerndes Wiederholen wird es nicht richtig: Susanne Gruber hat sich noch nie aktiv bei PI beteiligt. Sie



kann nichts dafür, was wir schreiben – ebensowenig wie sie für das verantwortlich gemacht werden kann, was Wesely & Co. in die Welt setzen... Ganz linkem Rechtsverständnis folgend, ist man hier Kläger, Richter und Henker in einer Person, wenn man den Andersdenkenden erst als „Rechten“ enttarnt hat, ein Wort, das in Weselys Beiträgen eine geradezu inflationäre Verwendung findet. Bei gebetsmühlenartiger Wiederholung muss es ja stimmen! Und andere Ansichten akzeptiert man sowieso nicht. Dass Wesely selbst – die sich bekanntlich weniger auf dem Boden der Verfassung als vielmehr in linksradikalen Kreisen bewegt – es als Bedrohung empfindet, wenn Linksextremismus thematisiert werden soll, ist sogar verständlich. Dass die *Stuttgarter Nachrichten* ihr für ihre Schmutzkampagne gegen eine demokratische Politikerin soviel Platz einräumen, weniger.

Wesely [weiter](#):

*Der CDU-Stadtverband Waiblingen ist mit seiner Vorsitzenden Susanne Gruber wieder im Reinen: Man betrachte „die Missverständnisse und Vorwürfe als ausgeräumt“, heißt es in einer Presseerklärung, die der Stadtverband im Anschluss an seine Sitzung am Montagabend versandt hat. Es war zu Unstimmigkeiten gekommen, weil Gruber in einem Interview mit der rechten Wochenzeitung „Junge Freiheit“ im Namen der CDU Waiblingen den Veranstaltern der Jugendkulturwoche „Bunt statt braun“ vorgeworfen hatte, sie würden das Thema Linksextremismus außer Acht lassen. In der Fraktion teilte man Grubers Kritik aber nicht. Die Debatte ging auf der rechten Internetplattform „Politically Incorrect“ (PI) weiter.*

*In seiner Presseerklärung schreibt der CDU-Stadtverband nun: „Frau Gruber erklärte, dass der Kontakt zur ‚Jungen Freiheit‘ und der Internetplattform ‚Politically Incorrect‘ keinesfalls von ihr persönlich ausging.“ Indes kann man auf der Plattform nachlesen: „Demnächst mehr über den Verlauf der ‚Buntstattbraun‘-Geschichte“, versprach Gruber in dem Forum*

am 29. September. Ende Oktober leitete sie dann eine interne E-Mail-Korrespondenz der Waiblinger Christdemokraten an „Politically Incorrect“ weiter, und einen Tag später wurde dort eine Erklärung von ihr veröffentlicht.

„Sie versicherte dem Vorstand glaubhaft, dass sie in keiner Weise hinter außerhalb des demokratischen Spektrums sowie verunglimpfenden beziehungsweise diskriminierenden Inhalten des Weblogs PI stehe“, heißt es in der Pressemitteilung des Stadtverbandes weiter.

Tja, nur wird es schwierig, da welche zu finden. Aber, [wie wir ja wissen](#), nimmt es Frau Wesely mit der Wahrheit nicht so genau. Wie auch hier wieder, verbreitet sie eigene Spekulationen als Tatsache. Ihre Kampagne wird die *Stuttgarter Zeitung* sicher einige Leser kosten, die sich nun ein eigenes Bild von PI machen und erfahren, wie sie belogen werden.

[Schützenhilfe](#) bekommt Wesely von Gisela Benkert von den *Waiblinger Kreiszeitung*. Auch hier kann man es nicht fassen, dass die geballte linke Verleumdungskampagne für die Hinrichtung Grubers nicht ausreichte. Soviel zu linkem Demokratieverständnis...

3-Monats-Reichweitenvergleich „blue-wonder.org / waiblinger-kreiszeitung.de“ (laut [alexa.com](#)):



(Foto oben: Fotomontage der Waiblinger Kreiszeitung mit der

BU: „Zu viel plakatiert: Susanne Grubers Overkill im OB-Wahlkampf 2001. Mittlerweile ist sie ziemlich rechts weggekippt.“)

---

## Krefeld: Weihnachten ohne Weihnachtsschmuck



Geld verdienen mit Weihnachten will man, „provozieren“ aber nicht. Die Krefelder Werbegemeinschaft will das [Weihnachtsgeschäft ohne störende Weihnachtsdekoration](#) abwickeln. Ihr Vorsitzender Franz-Joseph Greve vom [„Modehaus Greve“](#), der auch im Kirchenvorstand der Gemeinde Johannes XXIII sitzt, begründete dies so: „Religiöse Motive gehören in die eigene Wohnung oder in die Kirche, nicht aber in die Geschäfte. Schließlich hat ein großer Teil der Bevölkerung keine Antenne mehr für die Religion oder ist nicht-christlichen Glaubens.“

Keine Ausrede ist zu dumm, um die eigene klägliche Feigheit zu begründen, und Zustimmung kommt leider auch aus der Kirche. Die bedauert zwar einerseits, dass christliche Symbole aus der Öffentlichkeit verschwinden. Dort begründet man aber

andererseits einfallsreich, dass man ja bisher auch nicht der „Entchristlichung“ des Weihnachtsfestes entgegengewirkt habe:

*Stattdessen will die Werbegemeinschaft nur winterliche Dekoration einsetzen. Dies habe den positiven Effekt, dass die Beleuchtung länger hängen bleiben kann. Seit eineinhalb Wochen ist die Krefelder City illuminiert, noch bis Ende Januar sollen die beleuchteten Wasserfälle und Lichtmatten hängen bleiben. Krefeld ist nicht die einzige Stadt, die sich über die Weihnachtsbeleuchtung Gedanken macht. In Bochum-Wattenscheid denkt die Werbegemeinschaft darüber nach, ganz darauf zu verzichten. Viele andere Kommunen sparen wegen der Wirtschaftskrise an der Beleuchtung.*

*Die Kirchen sehen den Schritt der Krefelder Werbegemeinschaft kritisch. Für Pfarrer Volker Hendricks, Vorsitzender des Evangelischen Gemeindeverbandes, steht fest: „Die Leute wollen Weihnachten feiern, meines Erachtens auch die, die bei den Inhalten des Festes mehr Fragezeichen als Gewissheiten haben. Ich fände es schade, wenn wir Neutralität ausrufen.“*

*Der katholische Regionaldekan aus Krefeld, Johannes Sczyrba, sagte: „Diese Überlegung entspricht unserer kulturellen Landschaft, der Demontage alles Christlichen. Auf der anderen Seite ist es auch eine konsequente Entwicklung, da Weihnachten doch stark zum Konsumfest geworden ist.“ Diese Frage müsse die Christen umtreiben: „Was haben wir dazu beigetragen, Weihnachten zu entchristlichen?“*

Also kommts jetzt auch nicht mehr drauf an? Das eigene Versagen als konsequente Weiterentwicklung eines schon eingeleiteten Trends. So kann man Dhimmitude auch umschreiben...

Kontakt:

Greve Moden  
Franz-Joseph Greve  
Hochstraße 96-100

D-47798 Krefeld

Tel.: 02151-8563-0

Fax: 02151-8563-50

[post@greve-moden.de](mailto:post@greve-moden.de)

*(Spürnasen: alteskamuffel und Puseratze)*